



Jahresbericht 2016

INHALT

Vorwort	– 3
DR. BERND BORNHORST UND HEIKE SPIELMANS	
Migration und Gerechtigkeit	– 4
DR. BERND BORNHORST	
Agenda 2030: Deutschland ist Entwicklungsland	– 6
DANIEL JÜTTNER	
»Dynamik des Klimaabkommens ist nicht aufzuhalten«	– 7
INTERVIEW MIT DR. GERRIT HANSEN	
Geschlechtergerechtigkeit – im Verband und in der Entwicklungspolitik!	– 8
CARSTA NEUENROTH	
Der humanitäre Weltgipfel 2016: Viel Dynamik – aber in welche Richtung?	– 9
SID PERUVEMBA UND BODO VON BORRIES	
Herausforderungen gemeinsam begegnen	– 10
HEIKE SPIELMANS	
Wirtschaft und Menschenrechte: In Trippelschritten voran	– 11
ARMIN PAASCH	
VENRO in Aktion	– 13
VENRO-Strategie 2017–2022	– 14
Mitgliederversammlung	– 15
Vorstand	– 16
Gremien und Mandate	– 17
Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen	– 18
Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Geschäftsstelle	– 19
Jahresabschluss 2016	– 20
Bilanz zum 31. Dezember 2016	– 21
Erläuterungen zur Bilanz	– 22
VENRO-Mitglieder	– 23
Impressum – Einklappseite	



VORWORT JAHRESBERICHT 2016

Heike Spielmans und Dr. Bernd Bornhorst



Der Blick zurück auf das Jahr 2016 muss uns in vielerlei Hinsicht erschüttern: Die Kriege in Syrien und Irak mit Zehntausenden Todesopfern dauerten an, die Dürrekatastrophe im südlichen Afrika und Ostafrika führte zur Ausrufung des Ausnahmezustands in mehreren Staaten, und Millionen Menschen waren weltweit auf der Flucht vor Gewalt, Hunger und Armut. Die Weltgemeinschaft hat darauf bis heute keine oder nur unzureichende Antworten gefunden, auch wenn auf dem UN-Flüchtlingsgipfel in New York, dem Humanitären Weltgipfel in Istanbul oder der Syrien-Konferenz in London Unterstützung und mehrere Milliarden Dollar an Hilfe für die Betroffenen zugesagt wurden. An Versprechen und Bekenntnissen mangelte es nicht.

Um Hunger, Armut und Gewalt zu überwinden, braucht es mehr als finanzielle Zusagen auf internationalen Gipfeln, es braucht eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Notwendig sind Veränderungen auch in unserem Handeln und Wirtschaften. Diese werden ohne das aktive Mitgestalten einer freien und eigenständigen Zivilgesellschaft, ohne die Betroffenen und ihre Unterstützer_innen, ohne konstruktiven Druck und aktives Einmischen nicht erreicht werden. Leider sieht die Wirklichkeit für viele engagierte Menschen zunehmend bedrohlich aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden immer häufiger und in immer mehr Ländern in ihren Möglichkeiten eingeschränkt und drangsaliert.

Daher hat unsere Mitgliederversammlung 2016 entschieden, die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem der Schwerpunkte unserer Arbeit der kommenden Jahre zu machen. Mit unserer Strategie 2017 bis 2022 haben wir einen Rahmen erarbeitet, der klar die Ziele benennt, zu deren Erreichen wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen einen Beitrag leisten wollen. Zum Beispiel dazu, dass die Agenda 2030 in und durch Deutschland kohärent umgesetzt wird. Dazu gab es 2016 ein hoffnungsvolles Signal: Die Bundesregierung einigte sich auf eine neue Nachhaltigkeitsstrategie, die an den Zielen nachhaltiger Entwicklung aus der Agenda 2030 ausgerichtet wurde. Diesen Prozess haben wir ebenso intensiv und kritisch begleitet wie den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Gerade die Debatte zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen hat uns jedoch einmal mehr vor Augen geführt, dass die Stimme einer starken Zivilgesellschaft dringend gebraucht wird, damit Nachhaltigkeit nicht auf die lange Bank geschoben wird.

Gemeinsam mit unseren 128 Mitgliedsorganisationen werden wir auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung, für eine friedliche und zukunftsfähige Entwicklung eintreten. Der Verringerung sozialer Ungleichheit, der Minderung und Vermeidung humanitärer Krisen, dem Schutz von Geflüchteten und Migrant_innen und der Überwindung jeglicher Diskriminierung werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wir danken allen, die uns im vergangenen Jahr unterstützt haben, und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit.

A handwritten signature in black ink, reading "Bernd Bornhorst".

Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, reading "Heike Spielmans".

Heike Spielmans
Geschäftsführerin

MIGRATION UND GERECHTIGKEIT

Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender



Wir befinden uns in einer Zeit, in der sich viele Menschen verunsichert fühlen und Selbstverständliches ins Wanken gerät. Internationale Konflikte und Kriege, Unwetterkatastrophen und Hungersnöte, der Umgang mit Menschen, die in Deutschland Zuflucht und neue Perspektiven suchen – diese Themen bestimmen die Nachrichten. Den negativen Folgen der Globalisierung weltweit und in Deutschland scheint die Politik tatenlos gegenüberzustehen: Obwohl Fortschritt versprochen wird, sterben Millionen Menschen an Hunger und Armut; auch die soziale Ungleichheit zwischen den Staaten und innerhalb der Länder verschärft sich weiter. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die versuchen, gegen diese Missstände vorzugehen und Alternativen aufzuzeigen, werden in vielen Staaten zunehmend an ihrer Arbeit gehindert oder sogar bedroht und gefährdet, sobald sie der Regierung des jeweiligen Landes missfallen.

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind heute wichtiger denn je. Und tatsächlich gibt es einen gewissen Bedeutungsgewinn der Entwicklungszusammenarbeit. Die finanziellen Mittel steigen – obwohl das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels für Entwicklungshilfe der Bundesregierung im Jahr 2016 nur ein Rechenrick ist, weil mehr als ein Vier-

tel der vermeintlichen Entwicklungsgelder Ausgaben im Inland sind. Gleichzeitig zeichnen sich aber auch eine Neubewertung und Erwartungen ab: Die Bundesregierung möchte Entwicklungspolitik stärker mit wirtschaftlichen und militärischen Zielen verknüpfen. Entwicklungspolitik darf aber nicht für außen- und sicherheitspolitische Zwecke missbraucht werden, nicht für eine Abschottungspolitik gegen Migrant_innen und Menschen auf der Flucht. Langfristig würde dies auch gar nicht funktionieren, denn wir können uns nicht auf Dauer abschotten von dem, was in der Welt um uns geschieht.

Stattdessen sollten wir uns ehrlich fragen: Warum müssen Millionen Mädchen und Jungen, Frauen und Männer in Ostafrika verhungern? Liegt das nur an Naturereignissen? Inwiefern betreffen uns Verletzte und Tote in Konflikten wie etwa in Syrien, im Irak oder im Jemen? Wie stark ist unser Einsatz für Menschenrechte wirklich – für die Werte Verantwortung, Mitgefühl und Solidarität, wie wir es uns selbst auf die Fahnen schreiben? Und was hat das alles mit unserem Leben, unserer Wirtschaft, unserer Politik hier in Europa zu tun?

Wir alle müssen Verantwortung übernehmen, wenn es darum geht, die Globalisierung gerecht und nachhaltig zugunsten aller zu gestalten. Einen Handlungsrahmen für diesen Prozess gibt es: Die Weltgemeinschaft hat sich auf die Agenda 2030 verpflichtet und das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung zeigen, wie wir einen Wandel herbeiführen und die Globalisierung gerecht gestalten können, wie wir endlich Armut und Hunger überwinden und Frieden, Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit erreichen könnten.

Auf diesem Weg müssen wir – und das ist durch die Agenda 2030 hervorgehoben – alle mitnehmen, besonders die Schwachen. Denn eine gerechte Gestaltung der Globalisierung erreichen wir nur in einer weltweiten Partnerschaft mit den Menschen in Afrika, Asien und Amerika – nicht durch Abschottung oder indem wir lediglich über diese Menschen sprechen. *Alle mitnehmen* bedeutet aber auch, diejenigen in



Deutschland einzubeziehen, die Globalisierung nicht durch ein Erasmusstudium oder eine Arbeit in einer ausländischen Hauptstadt positiv erfahren haben, sondern sich selbst als Verlierer der Globalisierung sehen.

Das Ziel ist eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft – ohne Mauern nach außen und ohne Diskriminierung im Inneren. Dafür muss die Bundesregierung Armut und soziale Ungleichheit abbauen, und zwar in Deutschland genauso wie weltweit. Wir müssen die globalen Belastungen durch unsere Wirtschaftspolitik und unser Konsumverhalten verringern – und gleichzeitig andere Länder in einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Dazu gehört, aus einem auf Wachstum fokussierten Wirtschaftsmodell auszusteigen, das immer mehr Verlierer zurücklässt und unsere ökologische Lebensgrundlage zerstört. Dazu gehört ebenfalls, dass die Bundesregierung endlich gesetzliche Regelungen zur

menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen einführt – denn es ist höchste Zeit, dass sich die Wirtschaft ihrer Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte stellt. Notwendig sind darüber hinaus eine ernst gemeinte Friedenspolitik statt Waffengeschäften sowie ein Ausbau der Humanitären Hilfe. Die Bundesregierung muss die realen Fluchtursachen bekämpfen, Migrant_innen und Geflüchteten Schutz bieten und die Möglichkeiten legaler Migration deutlich erweitern. Nicht zuletzt gilt es, den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben.

Eine gerechte Gestaltung der Globalisierung ist nur über Grenzen hinweg möglich und wird nur funktionieren, wenn Politik gestaltend eingreift. Damit dies geschieht, ist eine starke Zivilgesellschaft, ist der Einsatz der Menschen, die Erwartungen formulieren, Druck erzeugen und Veränderungen vorantreiben, unverzichtbar.

SOLIDARITÄT MIT GEFLÜCHTETEN IM MITTELMEER



Das Jahr 2016 war das bisher tödlichste Jahr im Mittelmeer: Über 5.000 Menschen sind auf der Suche nach Zuflucht in Europa ums Leben gekommen – so viele wie zuvor noch nie gezählt worden sind. Auch im Jahr 2017 sind bereits mehrere Tausend Flüchtende ertrunken.

SOS MEDITERRANEE ist eine europäische humanitäre Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer. Unsere Aufgabe ist es, Leben zu retten und die Schickale derjenigen, die flüchten, zu bezeugen. Seit 18 Monaten ist unser Schiff, die *Aquarius*, in internationalen Gewässern zwischen Libyen und Italien im Dauereinsatz. Seitdem haben wir über 15.500 Flüchtende gerettet, mehr als 21.800 Menschen an Bord versorgt. Vier Kinder wurden bereits an Bord geboren. Die *Aquarius* war 2016 das einzige zivile Rettungsschiff, das durchgehend im Einsatz war, um Menschen auch im Winter vor dem Ertrinken zu retten. Dazu waren mehr als 70 freiwillige Retter aus der ganzen Welt im Einsatz und Vereine in Deutschland, Frankreich und Italien arbeiten seit zwei Jahren zusammen, um den Einsatz im Mittelmeer fortführen zu können.

Seit Beginn unseres Rettungseinsatzes sammeln wir die Berichte der Menschen, die wir gerettet haben. Nahezu alle von ihnen haben Libyen durchquert und einige Zeit dort verbracht. Oftmals sind sie bei uns an Bord nach vielen Jahren einer langen Flucht das erste Mal an einem sicheren Ort. Sie alle berichten über menschenunwürdige Umstände in Libyen, über Gräueltaten, Unrecht und Unterdrückung. Oft hören wir an Bord Sätze wie: *»Wenn ihr mich nach Libyen zurückbringt, springe ich aus diesem Boot.«* Viele der Geflüchteten haben die lebensgefährliche Reise nach Italien riskiert, weil sie der Meinung waren, es sei besser, auf dem Meer zu sterben, als den Zuständen in Libyen ausgesetzt zu sein. Da es für Flüchtende keine sichere Route nach Europa gibt, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als den Weg über das offene Meer zu wagen.

Wir bekommen die Verzweiflung der Geflüchteten auf dem Mittelmeer tausendfach unmittelbar zu spüren. Seit über einem Jahr bezeugen wir ebenfalls die Abwesenheit staatlicher Rettungsmaßnahmen vor der libyschen Küste. Deshalb fordern wir die europäischen Staaten dazu auf, dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit eines jeden Menschen Priorität einzuräumen, ganz gleich, welche Herausforderungen das für unsere Gesellschaften bedeutet. Solange es kein europäisches Seenotrettungsprogramm gibt, werden wir unseren Einsatz fortsetzen.

Timon Marszalek ist Geschäftsführer von SOS MEDITERRANEE Deutschland



AGENDA 2030: DEUTSCHLAND IST ENTWICKLUNGSLAND

Daniel Jüttner
Sprecher AG Agenda 2030



Auf der mit 193 Staats- und Regierungschefs bislang größten Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) wurde im Jahr 2015 die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) verabschiedet. Die Staatengemeinschaft wollte sich 2016 ambitioniert an die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele machen, daher waren die Erwartungen weltweit groß. Auch für VENRO spielen die SDG eine große Rolle: Die Umsetzung der Agenda 2030 ist ein wichtiges Ziel in der neuen VENRO-Strategie, und bereits 2016 bezogen sich zahlreiche Aktivitäten auf die SDG, besonders die der neu eingerichteten Arbeitsgruppe Agenda 2030.

Eine erste zentrale Aktivität von VENRO war die kritische Begleitung des High-level Political Forum (HLPF), des Überprüfungsmechanismus der UN zu den SDG. Deutschland legte als eines der ersten Länder im Juli 2016 in New York einen ersten Bericht zur nationalen Umsetzung vor. VENRO kommentierte den Berichtsentwurf der Bundesregierung kritisch. Denn auch in Deutschland gibt es noch einiges zu tun, besonders in Bezug auf Ressourcenverbrauch, die Auswirkungen deutscher Politik im Ausland sowie die wachsende Ungleichheit in Deutschland und zwischen den Staaten. Dies wurde in der Kommentierung deutlich gemacht und einige der genannten Punkte fanden Eingang in den finalen Bericht der Bundesregierung, der beim HLPF vorgestellt wurde.

In New York wurden auch nicht staatliche Akteure gebeten, einen zweiminütigen Beitrag im Rahmen dieses deutschen Statements zu geben – ein Novum beim HLPF. VENRO, das Forum Umwelt und Entwicklung, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie der Bund der Deutschen Industrie einigten sich auf ein kurzes Statement, das wesentliche Punkte wie die Wichtigkeit von zivilgesellschaftlicher Beteiligung bei der Umsetzung der Agenda und bei der Bekämpfung von Hunger und Armut unterstrich. Außerdem erarbeitete VENRO – gemeinsam mit anderen Organisationen – den Bericht »Deutschland – noch lange nicht nachhaltig«, der eine zivilgesellschaftliche Pers-

pektive auf die Umsetzung der SDG in, mit und durch Deutschland aufzeigt.

Zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat VENRO gemeinsam mit anderen Verbänden und Netzwerken die Stellungnahme »Für eine echte Transformation!« veröffentlicht. Insbesondere die Vorschläge zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an der Umsetzung fanden Eingang in die finale Version der Nachhaltigkeitsstrategie. Flankiert wurden diese Aktivitäten von verschiedenen Treffen, unter anderem mit Abgeordneten des Bundestages, die im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung vertreten sind, und Mitgliedern des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

Ein zentrales Anliegen war dabei, die deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur zu verbessern. Schließlich gibt es einige ihrer Institutionen seit mehr als zehn Jahren, und dennoch verschlechtern sich zentrale Indikatoren wie der Ressourcenverbrauch eher, als dass sie sich verbessern. Ein besonderes Anliegen ist zudem Kohärenz, denn sich gegenseitig konterkarierende Politikmaßnahmen gelten in den Augen von VENRO als eine der Hauptursachen dafür, dass Deutschland noch lange nicht nachhaltig ist.

Ein weiteres zentrales Prinzip der Agenda 2030, auf das VENRO großen Wert legt, ist das Prinzip »leave no one behind« oder positiv formuliert »alle mitnehmen«. Dazu veranstaltete VENRO im September 2016 die Konferenz »Alle mitnehmen – soziale Ungleichheit überwinden!«, gemeinsam mit verschiedenen Akteuren aus anderen gesellschaftlichen Sektoren, wie beispielsweise dem DGB, dem Verbraucherzentrale Bundesverband und der Diakonie Deutschland.

VENRO hat im ersten Jahr der SDG-Umsetzung also einiges unternommen, damit sich auf nationaler und internationaler Ebene etwas ändert. Notwendig ist jedoch ein wirklicher Wechsel hin zu einer nachhaltigen Politik. Denn dass auch Deutschland »Entwicklungsland« ist, ist vielleicht eine der wichtigsten Lektionen der Agenda 2030. —



Dr. Gerrit Hansen
Sprecherin
AG Klimawandel

»DYNAMIK DES KLIMAABKOMMENS IST NICHT AUFZUHALTEN«

1 Anfang November 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft getreten. Vier Tage später wurde mit Donald Trump ein US-Präsident gewählt, der bereits den Rückzug der USA aus dem Abkommen angekündigt hat. Wie groß ist da noch die Hoffnung, die weltweite Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen?



GH: Das Abkommen von Paris ist ein historischer Beschluss, der globalen Klimakrise endlich mit vereinten Kräften entgegenzutreten. Die wirtschaftliche und politische Dynamik, die seit seiner Unterzeichnung entstanden ist, wird kein einzelnes Land aufhalten können. Wir sehen derzeit unheimlich breite Unterstützung, sowohl international durch die anderen G7- und G20-Mitglieder als auch auf Ebene von Unternehmen, Investoren, Städten und Bundesstaaten – gerade in den USA. Natürlich erschwert es das Erreichen der ehrgeizigen Ziele von Paris, wenn der zweitgrößte Emittent aussichert – aber die USA würden sich damit selbst isolieren.

2 Welche Folgen hat der Klimawandel für die Menschen in den Ländern des Südens und auch die Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit?

GH: Der Klimawandel wirkt schon heute als Krisenverstärker, und er erhöht die Unsicherheit.

Insbesondere in ländlichen Gebieten, die stark auf Landwirtschaft angewiesen sind, können zum Beispiel Schwankungen in den gewohnten stabilen Wettermustern verheerende Folgen haben. Für die Entwicklungszusammenarbeit ist es wichtig, hier in die Prävention zu investieren und Anpassungs- und Resilienzstrategien zu entwickeln.

Gleichzeitig sollten auch die Chancen, die sich beispielsweise aus der Preisentwicklung bei den erneuerbaren Energien ergeben, stärker in den Blick genommen werden. Auch eine bessere Verzahnung der Entwicklungsplanung mit den im Pariser Abkommen vorgesehenen langfristigen Klimastrategien der Länder und der Agenda 2030 ist zentral.

3 Dürren und Überschwemmungen sind nur zwei Beispiele, wie der Klimawandel auch die Entwicklungspolitik beeinflusst. Was kann, was muss die Bundesregierung im Bereich Klima und Entwicklung tun?

GH: Zentral ist eine Erhöhung der Ambitionen beim heimischen Klimaschutz, etwa durch den Kohleausstieg bis spätestens 2035, und ein wirksames Klimagesetz, aber auch bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Bundesregierung sollte zudem Transformationspartnerschaften mit Schlüsselstaaten eingehen, um die Abkehr von fossilen Energieträgern und den Schutz vor und Umgang mit Klimaschäden voranzubringen.

4 Ein wichtiges Schlagwort ist »Klimagerechtigkeit«: Wie können die reichen Staaten die vom Klimawandel betroffenen Menschen unterstützen und den Klimaschutz vorantreiben?

GH: Zunächst ist es immens wichtig, dass die zugesagten Gelder für die Klimafinanzierung, das sind 100 Milliarden Euro jährlich ab 2020 zusätzlich zu bestehenden Verpflichtungen, nachhaltig und transparent zur Verfügung gestellt werden. Auch Deutschland muss hier für seinen fairen Anteil noch nachlegen. Darüber hinaus gibt es viele Handlungsfelder, etwa die Unterstützung beim Aufbau fachlicher und institutioneller Kapazitäten, den Umgang mit Migration oder Technologietransfer.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – IM VERBAND UND IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK!

Carsta Neuenroth
Sprecherin AG Gender



Die Arbeitsgruppe Gender sorgte auch 2016 dafür, dass Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit auf der entwicklungspolitischen Agenda Berücksichtigung fanden. Die Umsetzung des Gender-Aktionsplans 2016–2020 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Neuauflage des Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 der Vereinten Nationen »Frauen, Frieden, Sicherheit« sowie die Umsetzung von Gender Budgeting waren dabei zentrale Forderungen.

Die erste Roadmap 2016 zur Umsetzung des zweiten Genderaktionsplans des BMZ war enttäuschend und wurde von VENRO in der Stellungnahme »Geschlechtergerechtigkeit im Schnecken tempo?« sowie im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) entsprechend kommentiert. Zudem brachte VENRO sich mit Kritik und Vorschlägen in die Diskussion über den Aktionsplan und die Roadmap ein.

Weiterhin ist 2016 der AG Gender die ambitionierte Weiterentwicklung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« ein wichtiges Anliegen gewesen. Der VENRO-Standpunkt »Mehr Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten« hat einen ersten Beitrag geleistet, um darauf hinzuweisen, was im neuen Aktionsplan berücksichtigt werden muss. Im Ergebnis ist der im Januar 2017 vorgelegte Aktionsplan durchaus ambitionierter ausgestaltet, als es sein Vorgänger war. Angesichts der globalen Herausforderungen für Frieden, Entwicklung, Gerechtigkeit und Sicherheit ist dies auch dringend notwendig.

Auf einer Sitzung des Parlamentarischen Beirats der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung stellten Vertreterinnen der AG Gender die VENRO-Studie zu Gender Budgeting vor. Die Zivilgesellschaft fordert Gender Budgeting immer wieder ein, die Regierung, allen voran das Finanzministerium, weist die Forderung als unvereinbar mit dem kameralem System stets zurück.

Neben diesen laufenden Themen feierte die AG Gender eine Premiere: Sie beteiligte sich am Staatenberichtsverfahren zur Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), indem sie dem CEDAW-Komitee eine Liste mit Anliegen zuschickte. Einige der Anliegen wurden in der Rückmeldung des Komitees an die Bundesregierung tatsächlich berücksichtigt.

VENRO im Allgemeinen und die AG Gender im Speziellen richteten den Blick jedoch nicht nur nach außen, sondern auch auf den eigenen Verband, und zwar auf die Gender-Balance in VENRO-Vorstand und -Präsidium. Um diese zu verankern, beschloss die Mitgliederversammlung – mit nur einer Enthaltung und ohne Gegenstimme – die Einführung einer Gender-Quote von 40 Prozent. Eine Bestandsaufnahme der Geschlechterverhältnisse auf Leitungsebene von VENRO-Mitgliedsorganisationen hat ergeben, dass zurzeit 257 Vorstandsmitglieder (38%) und 47 Mitglieder der Geschäftsführung (42%) Frauen sind. Es gibt also genügend potenzielle Kandidatinnen, um künftig mindestens vier von zehn Vorstandsmitgliedern zu stellen. Die AG Gender wird dafür werben.

Die bei VENRO ermittelten Zahlen zur Präsenz von Frauen in Vorständen und Geschäftsführung stimmen mit den Zahlen überein, die in einer Studie des Zentrums für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS) ermittelt wurden.¹ Die Autor_innen der Studie weisen darauf hin, dass diese Zahlen zunächst ganz positiv wirkten. Sie seien jedoch im Hinblick auf den hohen Frauenanteil innerhalb des operativen Bereichs im Nonprofit-Sektor (rund 75%) nicht zufriedenstellend. Mit der Quote ist nun sichergestellt, dass auch VENRO dies nicht vergisst. —

1 Paul, Franziska / Walter, Andrea 2016: Besser geht's nicht? Geschlechterverhältnisse in Führungs-, Kontroll- und Beratungsgremien in Nonprofit-Organisationen in Deutschland. Ergebnisse einer Online-Befragung. Zentrum für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS) – Working Paper No. 9 | 2016.

DER HUMANITÄRE WELTGIPFEL 2016: VIEL DYNAMIK – ABER IN WELCHE RICHTUNG?

Sid Peruvemba
Vorstandsmitglied

Bodo von Borries
Referent für Humanitäre Hilfe



Als der erste Humanitäre Weltgipfel im Mai 2016 zu Ende ging, waren viele Teilnehmer_innen aus der Zivilgesellschaft hin- und hergerissen. Hatte das zweitägige Treffen mit zahlreichen Veranstaltungen, Initiativen und Verpflichtungserklärungen wirklich einen Durchbruch für ein neues humanitäres System erzielt? Und vor allem: War den Interessen der notleidenden Menschen wirklich gedient?

Es ist gerade der zeitliche Zusammenhang mit dem verheerenden Krieg in Syrien, der die Bewertung so schwierig macht. Dennoch hat VENRO eine positive Bilanz des Gipfels gezogen. Er hat quantitativ – bei 10.000 Teilnehmer_innen – und qualitativ mit einer Reihe von klugen und guten Initiativen ein Startzeichen gesetzt, dessen Momentum nun genutzt werden kann.

Etwa 23.000 Personen aus Zivilgesellschaft, Regierungen und Privatwirtschaft beteiligten sich in einem dreijährigen Prozess teilweise zum ersten Mal an Diskussionen, die bisher einem humanitären Fachpublikum vorbehalten blieben. Auch VENRO hat sich im Rahmen des Koordinierungsausschusses mit zwei Workshops und zwei Stellungnahmen eingebracht. Die Themen »Stärkung lokaler Partner und ihre Rolle in der Humanitären Hilfe« und »Verwaltungsvereinfachung« wurden so zusammen mit anderen Akteuren auf die humanitäre Tagesordnung gehoben. Dies spiegelt sich unter anderem in der »Agenda for Humanity« wider, die der UN-Generalsekretär vor dem Weltgipfel als politisches Ergebnis des Prozesses vorstellte.

Das System Humanitärer Hilfe besteht bisher aus einzelnen Organisationen der Vereinten Nationen, dem Roten Kreuz und Roten Halbmond und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO). Es agiert häufig parallel zu der Reaktion der Betroffenen und Selbsthilfeinitiativen, Organisationen, Gemeindestrukturen oder Regierungsinstitutionen vor Ort. Wie ist ein Gesamtsystem zu schaffen, so lokal wie möglich, so international wie nötig? Wie können Akteure vor Ort langfristig gestärkt werden?

Aus diesen Fragen erwuchs eine eigene Plattform, auf der die Selbstverpflichtungen staatlicher Geber, nicht staatlicher humanitärer Akteure und aller, die beitragen wollten, festgehalten und regelmäßig berichtet werden (<http://www.agendaforhumanity.org/explore-commitments/indv-commitments>). Daneben entstand mit dem »Grand Bargain« ein politischer Prozess, in dem Maßnahmen zur Umsetzung zwischen Gebern, UN-Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Rotem Kreuz/Rotem Halbmond verhandelt werden.

Enttäuschend war die politische Teilnahme, mit der lobenswerten Ausnahme der Bundesregierung, die als einzige der G7-Staaten hochrangig mit der Bundeskanzlerin und zwei Ministern vertreten war. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und andere politisch und wirtschaftlich wichtige Länder glänzten durch Abwesenheit auf Ebene der Regierungschefs; Erwartungen an Humanitäre Hilfe steigen jedoch ständig. Als konkreten Beitrag zur Systemverbesserung hat VENRO im vergangenen Jahr die Arbeit zu den Zukunftsfragen der Humanitären Hilfe verstärkt, sowohl im Rahmen der Arbeitsgruppe als auch bei der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies spiegelt auch die neue VENRO-Strategie 2017–2022 wider. Die stärkere Beteiligung an internationalen Dialogprozessen wird nach dem humanitären Weltgipfel fortgesetzt, unter anderem im Rahmen des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe.

Die humanitäre Arbeit steht an einem Scheideweg: Welche Bereitschaft für Veränderungen besteht bei den unterschiedlichen Akteuren? Gerade die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der weitere Umgang mit dem Thema »Lokalisierung« werden in den nächsten zwei Jahren zeigen, ob genügend Wille zur Veränderung besteht, das humanitäre System zukunftsfähig zu machen. Und auch die Frage gehört dazu, inwieweit der ständige Optimierungsdrang der humanitären Hilfe nicht auch dazu beiträgt, sie als Normalität dort einzusetzen, wo stärkere Diplomatie gefragt wäre.

HERAUSFORDERUNGEN GEMEINSAM BEGEGNEN

VENRO UNTERSTÜTZT ORGANISATIONEN, WIRKSAMER UND ZUKUNFTSFÄHIGER ZU WERDEN

Heike Spielmans
Geschäftsführerin



Die Welt ist im Umbruch und neue politische Rahmenbedingungen stellen entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen (NRO) vor große Herausforderungen. Während uns Ungleichheit, Klimawandel, Gewalt und Armut dazu drängen, noch intensiver für eine bessere Welt zu kämpfen, reagieren immer mehr Staaten mit Repressionen auf dieses Engagement.

»Unsere Angebote sind auch für Organisationen offen, die noch kein Mitglied bei VENRO sind.«

Aber nicht nur die wachsende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume führt zu neuen Anforderungen an NRO. VENRO hat die Mitgliedsorganisationen im Sommer 2016 zu ihren aktuellen Herausforderungen befragt. Aus den Ergebnissen dieser Befragung haben wir gelernt, dass beispielsweise auch die Stärkung der politischen Arbeit, neue Kooperationsanforderungen z. B. mit der Privatwirtschaft, die Digitalisierung und der Ausbau alternativer Finanzierungsmodelle viele Organisationen in Deutschland bewegen.

NRO müssen sich auf diese Herausforderungen einstellen und die eigenen Strategien anpassen,

um ihre Arbeit gemeinsam mit Partnern im Globalen Süden weiterhin effektiv leisten zu können. Darin möchten wir sie unterstützen. Deshalb haben wir das Projekt »Partnerschaft für Qualität und Wirksamkeit« auf die Beine gestellt, denn gute Lösungswege können wir am besten im gegenseitigen Erfahrungsaustausch finden.

Seit März 2016 bietet VENRO für Vorstände, Geschäftsführungen und Mitarbeitende von NRO einerseits die Möglichkeit, sich in Workshops über strategische Fragen auszutauschen und andererseits in Fortbildungen neues Wissen zur Stärkung ihrer Organisationen zu erlangen. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und wird mit rund einer Million Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt.

Insgesamt konnten wir 2016 bereits 21 Veranstaltungen und drei Webinare anbieten, an denen über 400 Personen teilnahmen. Schwerpunkte unserer Fortbildungen waren die Themen Vereinsführung und Qualität in der Programmarbeit. Daneben haben wir auch unsere Online-Angebote ausgebaut. Dazu gehört beispielsweise ein interaktiver NRO-Selbsttest mit Fragen rund um das Thema gute Vereinsführung auf unserer Internetseite. In einer Good-Practice-Bibliothek stellen wir Grundsatzdokumente, Handreichungen und Leitfäden zur Umsetzung wirksamer Entwicklungszusammenarbeit bereit.

Die sehr positiven Rückmeldungen einer Befragung unter den Teilnehmenden aller bisherigen Veranstaltungen haben uns in unserem Vorhaben weiter bestärkt. Ich lade alle Kolleg_innen aus NRO herzlich ein, an unseren Fortbildungen teilzunehmen. Die meisten unserer Angebote sind auch für Organisationen offen, die noch kein Mitglied bei VENRO sind. Weitere Informationen finden Sie im Servicebereich unserer Internetseite.



WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE: IN TRIPPELSCHRITTEN VORAN

Armin Paasch

Mandatsträger für das Thema Wirtschaft und Menschenrechte



Im Mittelpunkt der Debatte um Wirtschaft und Menschenrechte stand in Deutschland in den letzten Jahren der Nationale Aktionsplan (NAP), den die Bundesregierung nach zweijährigem Konsultationsprozess im Dezember 2016 verabschiedet hat. VENRO hatte sich an den Konsultationen der Bundesregierung in einem Steuerungskreis intensiv beteiligt.

Zwar bringt die Bundesregierung im NAP ihre Erwartung zum Ausdruck, dass alle deutschen Unternehmen ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten umsetzen. Eine gemeinsame Forderung von Gewerkschaften, VENRO und dem Forum Umwelt und Entwicklung nach einer gesetzlichen Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten deutscher Unternehmen mit Blick auf ihre Auslandsgeschäfte hat sie jedoch nicht aufgegriffen. Auch der Zugang zu Gerichten wird für betroffene Menschen aus dem Globalen Süden nicht verbessert.

Positiv ist zu bewerten, dass die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten der Unternehmen von 2018 an jährlich von unabhängiger Seite wissenschaftlich überprüft werden soll. Als Zwischenziel gibt der NAP vor, dass mindestens 50 Prozent aller deutschen Unternehmen mit über 500 Mitarbeiter_innen bis 2020 die Elemente der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in ihre Unternehmensprozesse integriert haben sollen. Anderenfalls kündigt die Bundesregierung an, weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen zu prüfen.

Als positives Ergebnis des NAP-Prozesses ist schließlich zu verbuchen, dass sich inzwischen drei der vier im Bundestag vertretenen Parteien für die Einführung einer gesetzlichen Sorgfaltspflicht in der nächsten Legislaturperiode ausgesprochen haben. VENRO wird die Umsetzung des NAP im Rahmen einer AG Wirtschaft und Menschenrechte des beim Bundesarbeitsministerium angesiedelten CSR-Forums in den nächsten Jahren kritisch-konstruktiv begleiten.

In parallel zum NAP-Prozess stattfindenden Gesetzgebungsprozessen hat es die Bundesregierung versäumt, Menschenrechtsvorgaben verbindlich fest-

zuschreiben. So erlaubt das im April 2016 in Kraft getretene Vergabemodernisierungsgesetz öffentlichen Auftraggebern lediglich, Unternehmen auszuschließen, die gegen Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrecht verstoßen. Zu beurteilen, ob sie dies wirklich tun, bleibt aber im Ermessen der Ämter. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten werden in dem Gesetz überdies nicht erwähnt.

Auch im CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz vom März 2017 schöpft die Bundesregierung nicht die Spielräume aus, welche die zugrunde liegende EU-Richtlinie geboten hätte. Zwar müssen große kapitalmarktorientierte Unternehmen nunmehr über wesentliche Menschenrechts- und Umweltrisiken auch entlang ihrer Geschäftsbeziehungen berichten sowie Konzepte zum Umgang mit diesen Risiken darlegen. Allerdings gilt dies in Deutschland nur für »sehr« wahrscheinlich »schwerwiegende« negative Auswirkungen, während die EU-Richtlinie »wahrscheinlich negative Auswirkungen« umfasst. Skandalös ist, dass ohnehin nur 550 kapitalmarktorientierte Unternehmen von dem Gesetz betroffen sind, während große Familienunternehmen wie Aldi oder Lidl von der neuen Berichtspflicht verschont bleiben.

Auch auf Ebene der Vereinten Nationen hat sich die amtierende Bundesregierung zunächst gegen verbindliche Regeln im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte ausgesprochen. So stimmte Deutschland im Juni 2014 gemeinsam mit 16 weiteren Staaten im UN-Menschenrechtsrat gegen eine Resolution zur Erarbeitung eines UN-Menschenrechtsabkommens zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Ein breites Bündnis von NRO verbindet mit einem solchen Abkommen hingegen die Hoffnung auf eine internationale Wirtschaftsordnung, in der Unternehmen auch bei Auslandsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet werden, in der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen der Zugang zu Gerichten in den Heimatländern der Konzerne erleichtert wird und in der Menschenrechtsabkommen völkerrechtlich Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen genießen.

12. Juli 2016: Gespräch des Vorstandes mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Am 12. Juli 2016 traf sich der Vorstand mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Themen des Gesprächs im Bundeskanzleramt waren der Umsetzungsprozess der Agenda 2030, Flucht und Migration sowie die deutsche G20-Präsidentschaft und der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte. Im Anschluss wurde der Bundeskanzlerin der SDG-Watch-Report »Noch lange nicht nachhaltig – Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda« überreicht, in der 40 Expert_innen aus der Zivilgesellschaft eine kritische Bilanz ziehen, wie es aus zivilgesellschaftlicher Perspektive um die Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland steht.



26. September 2016: Konferenz »Alle mitnehmen – soziale Ungleichheit überwinden!«

Weltweit belegen Studien eine Zunahme der Ungleichheit – mittlerweile besitzt ein Prozent der Menschen mehr als die restlichen 99 Prozent der Erdbevölkerung. Millionen Menschen leben weiterhin in extremer Armut, ohne Zugang zu Schulbildung und Gesundheitsfürsorge. Auch in Deutschland wächst soziale Ungleichheit deutlich an. Deren Abbau ist jedoch eine Grundvoraussetzung für eine dauerhaft friedliche, gerechte und zukunftsfähige Entwicklung. Um dies zu erreichen, ist eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig. Auf der VENRO-Konferenz »Alle mitnehmen – soziale Ungleichheit überwinden!« diskutierten am 26. September über 200 Teilnehmer_innen in Berlin, welche nationalen und globalen Politiken nötig sind, um diesen sozial-ökologischen Wandel zu verwirklichen, und wie wir in einer breiten zivilgesellschaftlichen Kooperation »alle mitnehmen« und gemeinsam zu mehr Gerechtigkeit beitragen können.

**28. September 2016:
Internationale Gesundheitskonferenz**

Das Thema Gesundheit nimmt in der Agenda 2030 eine zentrale Stellung ein. Allen Menschen jedes Alters soll ein gesundes Leben und Wohlergehen gewährleistet werden. Die Weltgemeinschaft hat sich hohe Ziele gesetzt; ohne eine starke Beteiligung der Zivilgesellschaft ist dieses Nachhaltigkeitsziel nicht zu erreichen. Auf der internationalen Konferenz »Leaving no one behind in Global Health – Wie sollte Deutschlands Beitrag aussehen?« brachte VENRO Gesundheitsexpert_innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Vertreter_innen von internationalen Organisationen zusammen, um Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung zu analysieren und Empfehlungen für das Engagement der Bundesregierung und internationaler Akteure im Bereich globaler Gesundheit zu entwickeln.



**21. Dezember 2016:
Übergabe der Petition »Menschenrechte vor Profit« am Bundeskanzleramt**

Millionen Menschen auf der ganzen Welt schufen unter unwürdigen Bedingungen für Hungerlöhne. Zur Ausbeutung armer Menschen tragen auch Unternehmen aus Deutschland bei. Deshalb hat sich VENRO gemeinsam mit elf weiteren Verbänden und Organisationen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und verbindliche Unternehmensverantwortung ausgesprochen. In einer Petition forderte das Bündnis Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich für einen ambitionierten Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte einzusetzen, der deutsche Unternehmen verpflichtet, auch im Ausland die Menschenrechte zu achten und diese vor Profit zu stellen. Insgesamt folgten 31.468 Menschen unserem Aufruf, der am 21. Dezember an das Bundeskanzleramt übergeben wurde.

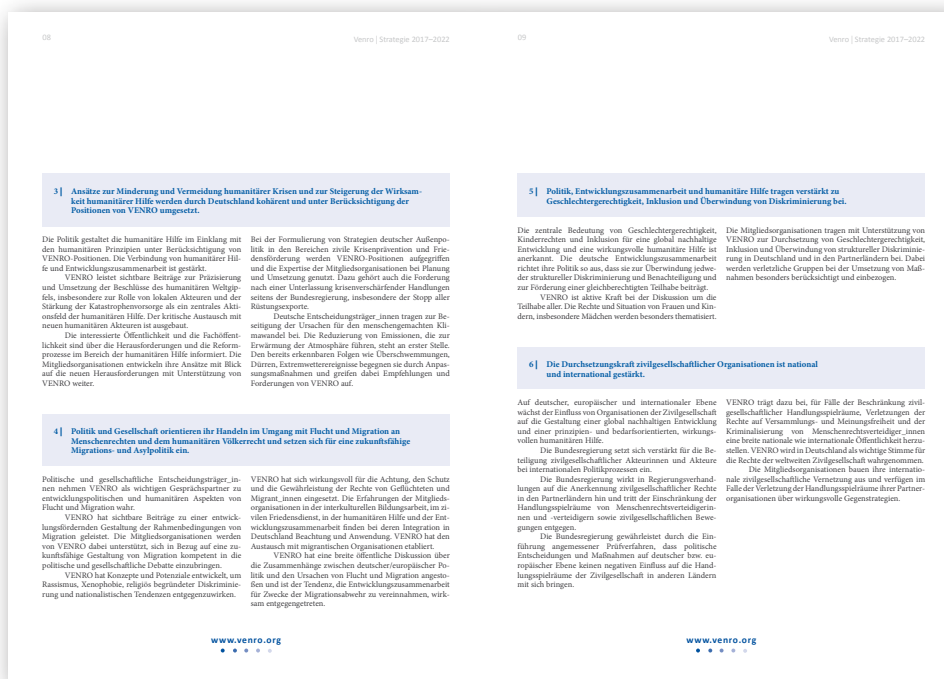
Die Bewältigung globaler Herausforderungen wie Armut, Hunger, wachsende Ungleichheit, Klimawandel und Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt eine tief greifende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Zivilgesellschaft kommt bei der Gestaltung dieser Veränderungsprozesse eine zentrale Rolle zu. VENRO repräsentiert die entwicklungspolitischen und humanitären zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber Politik, Medien und Gesellschaft.

Um sich aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Sinne seiner Mitglieder zu stellen, hat VENRO auf der Mitgliederversammlung 2016 eine Strategie für die Jahre 2017 bis 2022 vorgestellt. Mitgliedsorganisationen, Arbeitsgruppen, Vorstand und Geschäftsstelle von VENRO hatten die Strategie in einem einjährigen Prozess entwickelt.

Die Strategie unterstreicht die Vision einer Welt, die an globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie sozialer und ökologischer Transformation ausgerichtet ist. Für drei Zielgruppen – politische Entscheidungsträger_innen, (Fach-)Öffentlichkeit und Mitgliedsorganisationen – setzt die Strategie insgesamt neun strategische Ziele, sechs politische und drei institutionelle.

Zu den sechs politischen Zielen von VENRO gehört, dass (1) die Agenda 2030 in und durch Deutschland kohärent umgesetzt wird und (2) die deutsche Politik und Entwicklungszusammenarbeit einen wirkungsvollen Beitrag zur Verringerung sozialer Ungleichheit leisten. (3) Humanitäre Krisen sollen vermieden oder zumindest gemindert und die Wirksamkeit Humanitärer Hilfe gesteigert werden. Politik und Gesellschaft orientieren (4) ihr Handeln im Umgang mit Flucht und Migration an Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht und setzen sich für eine zukunftsfähige Migrations- und Asylpolitik ein; Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe tragen (5) verstärkt zu Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Überwindung von Diskriminierung bei. Ziel Nummer (6) ist eine gestärkte Durchsetzungskraft zivilgesellschaftlicher Organisationen national und international.

Aber auch VENRO entwickelt sich weiter. Die drei institutionellen Ziele sind (7) die gestärkte Zukunftsfähigkeit von VENRO und seiner Mitgliedsorganisationen, (8) die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Diversity im Verband und (9) eine wirkungsvolle Arbeit von VENRO und seinen Mitgliedern.





MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die wichtigen politischen Themen des Jahres 2017 standen im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung von VENRO am 7. Dezember 2016 in Bonn: die deutsche G20-Präsidentschaft und die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Umsetzung der Agenda 2030, Flucht und Menschenrechte und nicht zuletzt die Bundestagswahl im September.

Diese Themen bilden auch die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms 2017, das die Mitgliederversammlung beschloss.

Grundlage des Arbeitsprogramms ist die Strategie 2017–2022, die ebenfalls auf der Mitgliederversammlung beschlossen wurde (siehe Beitrag auf Seite 14).

Beschlossen wurde außerdem eine Satzungsänderung, mit der im Vorstand Geschlechterparität hergestellt werden soll. Der Vorstand muss mindestens zu 40 Prozent mit Frauen bzw. zu 40 Prozent mit Männern besetzt werden.



V. l. n. r.:
Christoph Hilligen,
Dr. Klaus Seitz,
Sid Johann Peruvemba,
Maike Röttger,
Ingrid Lebherz,
Dr. Bernd Bornhorst,
Dr. Inez Kipfer-Didavi,
Mathias Mogge,
Albert Eiden,
Dr. Simon Ramirez-
Voltaire

VORSITZENDER

Dr. Bernd Bornhorst
MISEREOR

Julia Steinfelder
Persönliche Referentin, MISEREOR

STELLVERTRETERINNEN UND STELLVERTRETER

Albert Eiden
Kindernothilfe

Dr. Klaus Seitz
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

SCHATZMEISTER

Christoph Hilligen
World Vision Deutschland

VORSTANDSMITGLIEDER

Dr. Inez Kipfer-Didavi
Johanniter-Unfall-Hilfe International Assistance

Mathias Mogge
Deutsche Welthungerhilfe

Dr. Simon Ramirez-Voltaire
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland

Ingrid Lebherz
AWO International

Sid Johann Peruvemba
Malteser International

Maike Röttger
Plan International Deutschland

CONCORD

GENERALVERSAMMLUNG

Mathias Mogge
VENRO-Vorstand

Pedro Morazán
Südwind

HUB 1

Daniel Jüttner
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Sophia Wirsching
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

HUB 2

Pedro Morazán
Südwind

Annette Wulf
Welthungerhilfe

HUB 3

Annette Wulf
Welthungerhilfe

Hildegard Hagemann
Justitia et Pax

Lisa Görlitz
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

HUB 4

Monika Dülge
Eine-Welt-Netzwerk NRW

FINANCIAL TASK FORCE

Michael Steeb
AGEH

SCHIEDSSTELLE

Vorsitzender: **Kurt Bangert**
Stellvertretender Vorsitzender: **Wilfried Steen**
Mitglieder: **Cay Gabbe, Dr. Jürgen Thiesbonenkamp**

MANDATE

ARBEITSKREIS DES BMWI ZU DEN OECD-LEITSÄTZEN FÜR MULTINATIONALE UNTERNEHMEN

Cornelia Heydenreich
Germanwatch

NATIONALE PLATTFORM WELTAKTIONSPROGRAMM »BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG«

Dr. Simon Ramirez-Voltaire
agl

BÜNDNIS »STEUER GEGEN ARMUT«

Dr. Klaus Schilder
MISEREOR

AG LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG DES FORUMS UMWELT UND ENTWICKLUNG SOWIE AK WELTERNÄHRUNG

Dr. Bernhard Walter
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

BEIRAT DES DEUTSCHEN KOMITEES KATASTROPHEN- VORSORGE (DKKV)

Fabian Böckler
Plan Deutschland

WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Armin Paasch
MISEREOR

AGENDA 2030

Katrin Erlingsen
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Daniel Jüttner
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

BEHINDERUNG

Michael Herbst
Christoffel-Blindenmission Deutschland

Ulrike Last
Handicap International

BILDUNG LOKAL-GLOBAL

Imke Häusler
Kindernothilfe

Kathrin Walz
Christoffel-Blindenmission Deutschland

FRAGILE STAATEN

Christine Idems
Kindernothilfe

GENDER

Carsta Neuenroth
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Tamara Nierstenhöfer
Plan International Deutschland

GESUNDHEIT

Fiona Uellendahl
World Vision Deutschland

Oliver Buchholz
DSW

GLOBALE STRUKTURPOLITIK

Eva Hanfstängl
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Dr. Klaus Schilder
MISEREOR

Tobias Hauschild
Oxfam Deutschland

HUMANITÄRE HILFE

Oliver Neuschäfer
Christoffel-Blindenmission Deutschland

Wolfgang Tyderle
Care Deutschland-Luxemburg

KINDERRECHTE

Judy Müller-Goldenstedt
Kindernothilfe

Antje Lüdemann-Dundua
World Vision Deutschland

KLIMAWANDEL

Dr. Gerrit Hansen
Germanwatch

Stefan Tuschen
MISEREOR

KOFINANZIERUNG

Barbara Burger-Erlenstedt
Kindernothilfe

Ralf Tepel
Karl Kübel Stiftung

SOZIALE SICHERHEIT

Dr. Luise Steinwachs
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

TRANSPARENZ

Andreas Lohmann
MISEREOR

Annette Wächter-Schneider
Malteser International

WIRKUNGSBEOBACHTUNG

Wolfgang Deppen
W. P. Schmitz-Stiftung

Thomas Reinhardt
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

IHRE ANSPRECHPARTNER_INNEN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Heike Spielmans
Geschäftsführerin
Tel.: 030/2 63 92 99-12
h.spielmans@venro.org

Orsolya Széher
Assistentin der Geschäftsführung
Tel.: 030/2 63 92 99-10
sekretariat@venro.org

STELLVERTRETENDE GESCHÄFTS- FÜHRUNG UND FINANZEN

Anke Kurat
Stellvertretende Geschäftsführerin
Tel.: 02 28/74 82 90-15
a.kurat@venro.org

Astrid Lohbeck
Verwaltung/Buchhaltung
Tel.: 02 28/74 82 90-12
a.lohbeck@venro.org

HUMANITÄRE HILFE

Bodo von Borries
Referent
Tel.: 030/2 63 92 99-13
b.borries@venro.org

Karoline Krähling
Assistentin
Tel.: 030/2 63 92 99-18
k.kraehling@venro.org

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Steffen Heinzelmann
Referent Presse und Öffentlichkeits-
arbeit
Tel.: 030/2 63 92 99-23
s.heinzelmann@venro.org

Silvan Rehfeld
Referent Onlinekommunikation
Tel.: 030/2 63 92 99-24
s.rehfeld@venro.org

PROJEKT 2030

Claus Körting
Projektleiter
Tel.: 030/2 63 92 99-19
c.koerting@venro.org

Eva Hein
Projektassistentin
Tel.: 030/2 63 92 99-20
e.hein@venro.org

Dr. Sonja Grigat
Referentin
Tel.: 030/2 63 92 99-22
s.grigat@venro.org

Anke Scheid
Referentin
Tel.: 030/2 63 92 99-21
a.scheid@venro.org

PROJEKT ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNG

Sarah Louis Montgomery
Referentin
Tel.: 030/2 63 92 99-17
s.louis@venro.org

PROJEKT PARTNERSCHAFT FÜR QUALITÄT UND WIRKSAMKEIT

Lukas Goltermann
Projektleiter (kommissarisch)
Tel.: 030/2 63 92 99-14
l.goltermann@venro.org

Nicole Kockmann
Projektassistentin
Tel.: 030/2 63 92 99-16
n.kockmann@venro.org

Oscar Del Valle Dávila
Referent
Tel.: 030/2 63 92 99-15
o.delvalle@venro.org

Lili Krause
Referentin
Tel.: 030/2 63 92 99-25
l.krause@venro.org

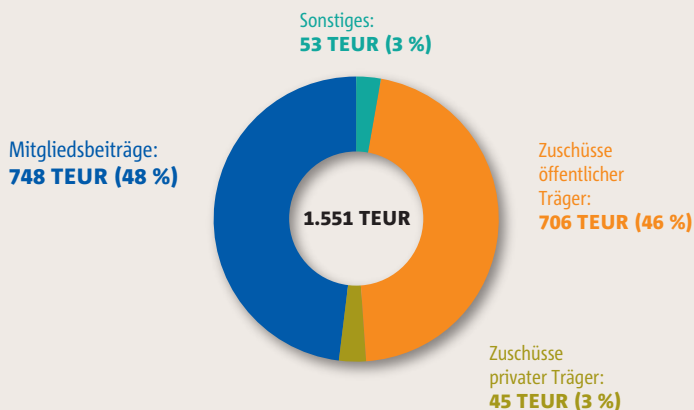
PROJEKT CIVIL20

Clemens Schwanhold
Referent
Tel.: 030/880 608 002
c.schwanhold@venro.org

Elisabeth Staudt
Referentin
Tel.: 030/880 608 001
e.staudt@venro.org

Magdalena Preis
Projektassistentin
Tel.: 030/880 608 003
m.preis@venro.org





Kernhaushalt

Sach- und Bürokosten:
120 TEUR (8 %)

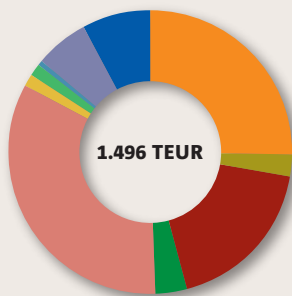
Arbeitsprogramm:
90 TEUR (6 %)

Organe:
6 TEUR (1 %)

**Kooperationen/
Mitgliedschaften:**
21 TEUR (1 %)

**Öffentlichkeits-
arbeit:**
21 TEUR (1 %)

Personalkosten:
502 TEUR (34 %)



Drittmittel- projekte

Projekt 2030
377 TEUR (25 %)

**Vernetzung, Fortbildung
und Diskurs: Projekt zur
Erfassung objektiver
Wirkungen in der ent-
wicklungspolitischen
Inlandsarbeit:**
37 TEUR (3 %)

**Partnerschaft für Qualität
und Wirksamkeit:**
270 TEUR (18 %)

**Koordination der Civil20
und Stärkung der zivil-
gesellschaftlichen Beglei-
tung in der deutschen
G20-Präsidentschaft:**
52 TEUR (3 %)

MITTELHERKUNFT

54 Prozent der Gesamterträge im Jahr 2016 stammten von privaten Trägern. Sie setzten sich zusammen aus Mitgliedsbeiträgen, Zuschüssen von Mitgliedsorganisationen für Drittmittelprojekte und Maßnahmen des Arbeitsprogramms und sonstigen Erträgen. Unter dieser Position sind weitere Erstattungen und Zinserträge zusammengefasst.

46 Prozent der Gesamterträge stammten aus öffentlichen Quellen. Zuwendungsgeber war in 2016 Engagement Global mit 706 TEUR.

MITTELVERWENDUNG

Kernhaushalt:

Der Kernhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die inhaltlichen und administrativen Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche ohne die Drittmittelprojekte. Dazu gehörten die Personalaufwendungen, die Aufwendungen für die satzungsgemäßen Gremien (Mitgliederversammlung, Vorstand, Arbeitsgruppen, Schiedsstelle), die Aufwendungen für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und des Arbeitsprogramms, die Aufwendungen für den Mitgliedsbeitrag für den europäischen Dachverband CONCORD und die Aufwendungen für Sachmittel für die Geschäftsstelle in Berlin und das Bonner Büro.

Drittmittelprojekthaushalte:

Jeder Einzelhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die Projektmaßnahmen.

VERGÜTUNGSSTRUKTUR

Die Gehälter der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei VENRO orientieren sich am Vergütungssystem des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) Bund.

Die Bruttojahresgehälter setzen sich zusammen aus den Monatsgehältern, einer Jahressonderzahlung und Zuschüssen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Eingruppierung

Geschäftsführung: TVöD 15
Referent_innen: TVöD 12–13
Assistenz/Verwaltung: TVöD 9–11

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

AKTIVSEITE

	2016	2015
	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.330,24	28
II. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	150.095,26	126
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.053,53	3
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	328.721,41	204
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.492,67	0
	<u>525.693,11</u>	<u>361</u>

PASSIVSEITE

	2016		2015	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
I. Ergebnisvortrag (1.1.2016)	117.133,90		67	
Zuführung Betriebsmittlrücklage	-30.000,00			
Jahresüberschuss	54.893,06	142.026,96	50	117
II. Betriebsmittlrücklage		<u>150.345,88</u>		<u>120</u>
		292.372,84		237
B. Rückstellungen				
I. Sonstige Rückstellungen		31.200,00	21	21
C. Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 71.269,11 (Vorjahr: € 54.566,57)	71.269,11		55	
II. Sonstige Verbindlichkeiten, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 83.911,16 (Vorjahr: € 21.599,62) davon aus Steuern € 13.759,61 (Vorjahr: € 8.475,21)	83.911,16	155.180,27	22	77
D. Rechnungsabgrenzungsposten		46.940,00		26
		<u>525.693,11</u>		<u>361</u>

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Krause & Partner GmbH, Bonn, erfolgte im Mai 2017 unter freiwilliger Berücksichtigung der handelsrechtlichen Vorschriften. Sie erteilte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, wonach die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat

AKTIVSEITE

A. Anlagevermögen

- I. Sachanlagen:
Es wurden planmäßige Abschreibungen für Geschäfts-, Büro- und EDV-Ausstattung auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt.
- II. Finanzanlagen:
Es handelt sich um Anteile bei Oikocredit, Westdeutscher Förderkreis.

B. Umlaufvermögen

- I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:
Es handelt sich um Forderungen an Mitglieder, Krankenkassen und die Stadt Bonn.
- II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten:
Es handelt sich um Kassenguthaben, um die Guthaben auf Girokonten und dem Mietkautionssparbuch bei der Sparkasse KölnBonn und auf dem Sparkonto bei der Paxbank Essen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Aufwendungen für 2017, die bereits in 2016 geleistet worden sind.

PASSIVSEITE

A. Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2016 insgesamt 292 TEUR. Darin ist eine Betriebsmittelrücklage in Höhe von 150 TEUR enthalten.

Der Jahresüberschuss 2016 beträgt 55 TEUR. Er erhöht den Ergebnisvortrag.

B. Rückstellungen

- I. Sonstige Rückstellungen:
Es handelt sich um Rückstellungen für Jahresabschlusskosten, ausstehenden Urlaub, Aufbewahrungskosten, Nebenkosten für die Büros in Bonn und Berlin und für den Jahresbeitrag an die Berufsgenossenschaft.

C. Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:
Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verschiedenen Geschäftspartnern, die nach dem Jahreswechsel ausgeglichen werden.
- II. Sonstige Verbindlichkeiten:
Es handelt sich um in 2016 nicht verausgabte Projektzuschüsse öffentlicher Träger, die nach 2017 übertragen bzw. in 2017 zurückgezahlt werden, sowie um Verbindlichkeiten aus Gehaltszahlungen, Lohn- und Kirchensteuer.

D. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2017.

Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	2016 [EUR]	2015 [EUR]
1. Erträge aus	1.548.291,77	1.183.556,86
a) Mitgliedsbeiträgen	747.600,00	701.280,00
b) Zuweisungen und Zuschüssen	736.129,00	451.543,14
c) Spenden	80,00	40,00
d) Kostenerstattungen	34.716,75	16.049,12
e) sonstigen betrieblichen Erträgen	29.766,02	14.644,60
2. Personalaufwand	-981.553,69	-784.979,60
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-11.185,75	-8.367,83
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-503.273,67	-343.170,05
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.614,40	2.726,93
6. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	54.893,06	49.766,31
7. Zuführung zum Ergebnisvortrag	54.893,06	49.766,31

VENRO-MITGLIEDER

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Aktion Canchanabury
- AMICA
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- Ärzte der Welt
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- BORDA
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
- CHANGE
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- DED-Freundeskreis*
- Deutsch-Syrischer Verein (DSV)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
- DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
- Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
- Don Bosco Mondo
- DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
- EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungszentrum Berlin
- Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung*
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- FUTURO SÍ
- Gemeinschaft Sant’Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organization
- Germanwatch
- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- HelpAge Deutschland
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen / Sign of Hope
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- International Justice Mission (IJM)
- Internationaler Bund (IB)
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- JAM Deutschland
- Jambo Bukoba
- Johanniter-Auslandshilfe
- KAIROS Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- matterna – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionsärztliches Institut Würzburg
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
- Oxfam Deutschland
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung
- SALEM International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development Chapter Bonn (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst International
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W. P. Schmitz-Stiftung
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof Darmstadt
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland
- Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 128 Mitglieder.
(Stand: August 2017)



Wir freuen uns über Ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bei VENRO.

Es gibt eine Reihe guter Gründe für eine Mitgliedschaft, in deren Zentrum unsere gemeinsame Vision einer gerechteren Welt steht:

- **Sie haben eine Lobby:** Im Dachverband machen wir uns dafür stark, dass Entwicklungszusammenarbeit auf der politischen Agenda nach oben rückt.
- **Zusammen Steine ins Rollen bringen:** Warum alleine eine bessere Welt bauen? In den Arbeitsgruppen des Verbandes findet ein intensiver Austausch zu entwicklungspolitischen und humanitären Themen statt.
- **Gemeinsam mit einer Stimme:** VENRO artikuliert die Interessen seiner Mitglieder und vertritt sie in der Öffentlichkeit. Wir kommunizieren gezielt, wirksam und strategisch.
- **Voneinander lernen, miteinander wachsen:** VENRO bietet einen Pool an Know-how, von dem alle Seiten profitieren.
- **Wissen, wo die Entwicklungspolitik steht:** VENRO schaut genau hin. Sie werden über die aktuellen entwicklungspolitischen und humanitären Prozesse in Deutschland und Europa auf dem Laufenden gehalten und zum Mitdiskutieren eingeladen.
- **Sie bekommen ein Gütesiegel:** VENRO legt besonderen Wert auf Transparenz und Qualität. Wir bürgen für die Glaubwürdigkeit unserer Ziele und die Seriosität unserer Mitglieder.

Kontaktieren Sie uns bei Fragen zur Mitgliedschaft gerne unter sekretariat@venro.org.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10
Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Silvan Rehfeld, Steffen Heinzelmann (verantwortlich)

Fotonachweis: Inga Kjer/photothek.net, Global Festival of Ideas for Sustainable Development (Montage mit anderen Fotos), <https://www.flickr.com/photos/globalfestideas/33263432976/> (Titelblatt), Jörg Farys/Die Projektoren (Titelblatt [2x], S. 12, S. 19), Daniel Beykirch/ich.tv (Titelblatt, S. 15), Fishman64/Shutterstock.com (S. 4), Timon Marszalek/SOS-MEDITERRANEE (S. 5), Illya Kryzhanivskyy/Shutterstock.com (S. 7), Anastasia Esau (S. 10, S. 16), Bundesregierung/Guido Bergmann (S. 12), Andi Weiland (S. 13), Frederic Schweizer (S. 13)

Layout: just in print
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
Auflage: 1.500 Exemplare

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, August 2017

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell mehr als 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen**

www.venro.org